



## **Gesetzentwurf**

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes  
Schutz der Gewässerrandstreifen**

### **A) Problem**

Ausreichend breite und naturgemäß strukturierte Ufer sind eine wesentliche Voraussetzung für die eigendynamische Gewässerentwicklung. Wenn dem Gewässer der nötige Raum bereitgestellt wird, können sich nach und nach naturnähere Strukturen ausbilden. Diese bilden wichtige Lebensräume für die Tier- und Pflanzenarten, die den guten ökologischen Zustand eines Gewässers anzeigen.

Darüber hinaus haben diese Bereiche grundsätzlich positive Wirkungen zur Reduzierung von Stoffeinträgen aus angrenzenden Flächen, die beispielsweise landwirtschaftlich genutzt werden.

Die bisherige Regelung zum Schutz von Gewässerrandstreifen durch freiwillige Vereinbarungen ist durch fehlende Akzeptanz und unzureichende Mittelausstattung für die Agrarumweltmaßnahmen gescheitert.

Um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen, ergibt sich ein hoher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Gewässerstrukturen.

### **B) Lösung**

In Art. 21 Bayerisches Wassergesetz werden auf Grundlage des § 38 Wasserhaushaltsgesetz verbindliche Gewässerrandstreifen festgelegt.

### **C) Alternativen**

Keine

### **D) Kosten**

Keine



## Gesetzentwurf

### zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes

#### § 1

Art. 21 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) vom 25. Februar 2010 (GVBl. S. 66, BayRS 753-1-U), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2018 (GVBl. S. 48) geändert wird wie folgt gefasst:

#### „Art. 21

#### Gewässerrandstreifen

(Abweichend von § 38 Abs. 2 bis 5 WHG)

<sup>1</sup>Als Gewässerrandstreifen gilt die an das Gewässer angrenzende Fläche in einer Breite von 10 m parallel zur Uferlinie. <sup>2</sup>Gewässerrandstreifen dienen der Gewässerreinigung, der Biotopvernetzung sowie der Verbesserung der Morphologie der Gewässer. <sup>3</sup>Sie dienen auch der Verbesserung des Zustandes der direkt von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen. <sup>4</sup>Nutzungen, die den Zwecken des Gewässerrandstreifens nach Satz 2 zuwiderlaufen, sind in diesen verboten; insbesondere sind verboten

1. der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln,
2. der Umbruch von Dauergrünland,
3. die Ackernutzung,
4. das Entfernen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern, ausgenommen die Entnahme im Rahmen einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft, sowie das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern,
5. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, insbesondere das Waschen, Reparieren, die Vornahme von Ölwechsel und das Betanken von Fahrzeugen sowie sonstige Handlungen, die eine Verunreinigung des Ufers oder des Gewässers durch wassergefährdende Stoffe, insbesondere Mineralöle und organische Lösungsmittel, verursachen können; ausgenommen vom Verbot ist der Transport auf öffentlichen und privaten Straßen und Schienen.“

#### § 2

Dieses Gesetz tritt am ..... in Kraft.

#### Begründung:

Gewässerrandstreifen sind zur Verringerung des Eintrages von Nähr- und Schadstoffen unverzichtbare Voraussetzung für die Einhaltung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die bis 2015 einen „Guten Zustand“ der Oberflächengewässer verlangt hatte. Erreicht wurde dies nur bei 15 Prozent. Gewässerrandstreifen tragen außerdem dazu bei, den Konflikt Landwirtschaft versus Biber zu entschärfen. Auch im Hochwasserfall reduzieren Gewässerrandstreifen die Schäden. Intakte Gewässerrandstreifen sind weiterhin wichtige Biotopverbundflächen und fördern damit die Biodiversität.

Freiwillige Maßnahmen zum Schutz der Gewässerrandstreifen sind unzureichend und führen zu einem immensen bürokratischen Aufwand für die jeweiligen Einzelverträge. Es ist nicht einzusehen, warum gerade Bayern als einziges Bundesland keine Gewässerrandstreifen ausweist und damit den Gewässerschutz nachhaltig gefährdet.